

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

angesichts der dramatischen Ereignisse und Entwicklungen in Syrien, dem Irak, Afghanistan fällt es schwer, über Entscheidungen in unserem rheinischen Biotop zu streiten. In Gestalt von fast 1000 Flüchtlingen gelangen die Folgen von Krieg und Terror direkt in unsere Stadt. Neben dem Lebensnotwendigen müssen wir ihnen helfen, sich in unserem Land, unserer Sprache und in unserer Lebensweise zurecht zu finden. Allen engagierten Bürgern, den Mitarbeitern der Verwaltung und meinen Ratskolleginnen und –kollegen möchte ich an dieser Stelle dafür danken, dass bisher alle Entscheidungen in dieser Sache ohne politischen Streit getroffen und umgesetzt werden konnten.

Trotzdem möchte ich Ihnen unsere Vorstellungen zur Überwindung der Finanzprobleme unserer Stadt Brühl vortragen! Wie von unserer Fraktion schon 2013 gefordert, müssen wir unser strukturelles Defizit sowohl durch Einsparungen, aber auch durch Verbesserungen auf der Einnahmeseite schließen. Kaum zusammengeschmiedet, stand die schwarzgrüne Koalition Ende 2014 vor einem Haushaltsdefizit von fast 18 Mio. €. Sie verweigerte aber den Sprung über das Hindernis wie ein nervöses Pferd – hatte man sich doch vor allem auf weitere Ausgaben geeinigt. Bei der ganzjährigen Haushaltsdebatte mit Hilfe der „Denkanstöße“ der Verwaltung kamen konkrete Einsparungen in Höhe von ca. 100.000 € heraus. Unser gemeinsames Ziel war die Einsparung des zehnfachen Betrages! Nach Anlaufschwierigkeiten war es insgesamt eine sachliche Debatte, die aber auch zeigte, wie viele Ausgaben pflichtgemäß festgelegt sind. Dazu gehören auch die sogenannten umlagefinanzierten Ebenen wie der Kreis und der Landschaftsverband. Diese sehen sich noch nicht einmal zu symbolischen Einsparungen im Getränkeservice bei Sitzungen genötigt. So erhöht der Rhein-Erft-Kreis schlicht seine Umlage für die Stadt Brühl um ca. 1 Mio. € und bleibt weiterhin schuldenfrei und gut versorgt! Über die gepflegte Ausstattung des LVR möchte ich mich gar nicht äußern, ein Indikator sind die Sechszylinder des Spitzenpersonals.

Zurück zu unseren Brühler Problemen: zur Vermeidung des HSK muss das Defizit 2016 unter 4,796 Mio. € bleiben. Die Aufgaben und Ausgaben nehmen jedoch zu:

- die Nachfrage nach Kindertagesbetreuung steigt und macht den Bau von zwei weiteren Kindertagesstätten in den nächsten Jahren notwendig.
- Das Projekt „Inklusion“ steckt noch pädagogisch in den Kinderschuhen. Defizite in der Personalausstattung sollen „Lernbegleiter“ ausgleichen. Sie werden nicht vom dafür eigentlich zuständigen Land bezahlt, sondern belasten den städtischen

Haushalt mit mehreren 100.000 €. Die Frage, wo die Kinder bessere Förderung erfahren – in einer Förderschule oder im inklusiven Bereich – ist nicht pauschal zu entscheiden.

- Die Aufnahme von Flüchtlingen verursacht allein in Brühl Kosten in Millionenhöhe, glücklicherweise und neuerdings wird ein großer Teil vom Bund erstattet und das Land stockt mit eigenen Mitteln auf 833 € je Flüchtling und Monat auf.
- Die städtische Infrastruktur darf nicht verrotten, sie muss – wo notwendig – erneuert werden. So zielt nicht nur die Skizze der neuen Feuerwehr den Haushaltsentwurf, sie prägt auch den Inhalt des Investitionsplans! Auch die Erneuerung des Rathauses B gehört dazu.
- Die Mitarbeiter der Verwaltung dürfen nicht überfordert werden, die Folgen der Überlastung oder unzureichenden Ausstattung waren im Bereich der Verfolgung von Forderungen der Stadt zu sehen und werden nun langsam abgearbeitet. Versuche der FDP sowie zum Teil auch von CDU und Grünen, in die wohl abgewogene Personalentwicklung hineinzugrätschen und beim Reinigungspersonal für prekäre Arbeitsverhältnisse zu sorgen, lehnen wir ab!

Es gibt aber auch personelle Konstruktionen, die zu unnötigem Mehraufwand führen. So werden zur Vermeidung von Umsatzsteuer in Höhe von 800.000 € Bereiche des Betriebshofs wieder von den Stadtwerken zur Stadt zurückgeführt. Allerdings nicht direkt in die Verwaltung, sondern auf Betreiben der Ratsmehrheit in eine AöR. Dieses Konstrukt soll angeblich flexibler sein, hat aber schon bei seiner Einrichtung fünfstellige Beträge für Rechtsgutachten gekostet. Darüber hinaus sind noch eigene Leitungsstrukturen geplant, auch die tarifliche Einordnung der Mitarbeiter ist teurer als bei einer Überführung dieser Bereiche in die Stadtverwaltung. Hier wird eine Sandburg gebaut mit Verwaltungsrat und schwarzgrünem Fähnchen drauf!

Mobilität in Brühl ist stets eine Herausforderung – auch für die Stadtverwaltung! Das Stadtbusnetz bedarf der Überarbeitung und unser gutes Fahrradwegenetz weist noch einzelne Schachstellen auf. Ob dafür ein Etat von fast 50.000 € notwendig ist, bezweifeln wir und haben deshalb einen Sperrvermerk beantragt. Eine zusätzliche Stelle ist allerdings angesichts der Haushaltslage nicht vertretbar. Schließlich müssen wir in Brühl weder das Rad noch das Fahrrad neu erfinden!

Wie heißt es so schön? Verbesserung der Einnahmeseite! Die Notwendigkeit ist unbestritten, für alle Bürger aber eine weitere Belastung. Über die Gebührenerhöhungen in den Kindertagesstätten und in der Kunst- und Musikschule ist in den Ausschüssen beraten worden. Die Belastungen sind vergleichbar mit den Steuern und Gebühren in unseren Nachbarstädten. Sie kommen aber jetzt alle auf einmal und „knüppeldick“, weil die frühere CDU/FDP-Mehrheit diese Probleme „sehenden Auges“ jahrelang vor sich hergeschoben hat. Jetzt entscheiden wir unter dem Zwang des drohenden HSK.

Neben den Gebühren hat eine Kommune noch die Möglichkeit, Grund- und Gewerbesteuern zur Finanzierung zu nutzen. Ein Blick in die Finanzplanung der Stadt zeigte bereits vor Jahren, welche Entwicklung die städtischen Finanzen nehmen würden. Als Bürgermeister Dieter Freytag im Bürgermeisterwahlkampf 2014 dies zum Thema machte und auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Grundsteuern hingewiesen hat,

wurde er dafür heftig angegriffen. Erst nach einer einjährigen „Schrecksekunde“ erkennt die Mehrheit, dass wir an einer Erhöhung nicht vorbeikommen.

Gleichzeitig sollen aber weitere Hobbies gepflegt werden, die unnötige Kosten verursachen. Dabei wissen alle genau, dass der städtische Haushalt nur durch eine Finanzspritze der Stadtwerke von nahezu 2,5 Mio € ausgeglichen werden kann. Man kann nicht auf der einen Seite verzichtbare Ausgaben beschließen und gleichzeitig die Eigenkapitalreduzierung der Stadtwerke beklagen. Das ist nicht seriös!

Mit unserem Antrag, die Grundsteuer B nicht auf 600, sondern auf 550 Punkte anzuheben und dafür auch die Gewerbesteuer von 430 auf 480 Punkte zu steigern, wollten wir die Lasten auf mehrere Schultern verteilen. Gebührenzahler sind auch Grundsteuerzahler, die „normalen“ Bürger, werden also besonders stark im kommenden Jahr belastet. Die Gewerbesteuer richtet kein Unternehmen zu Grunde, sie wird auf Gewinn gezahlt. Der von uns geforderte Hebesatz steht im Übrigen im Rahmen der Sätze in unseren Nachbarstädten.

Da die Mehrheit diesem Antrag nicht folgen wollte, lehnen wir den Haushaltsentwurf ab. Weitere Gründe für unsere Ablehnung sind die vorher kritisierten und von der schwarzgrünen Mehrheit beschlossenen Luxusprojekte wie die AöR und der übermäßig finanzierte Mobilitätsplan.

Abschließend danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere in der Kämmerei und im Ratsbüro, für die stets kompetente und flexible Vorbereitung unserer Beratungen sowie die Dienstleistungen für die Brühler Bürgerinnen und Bürger. Ausdrücklich möchte ich für die schnelle und kompetente Arbeit bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge danken. In den Dank schließe ich auch die Ratskolleginnen und Ratskollegen ein für die zwar kontroversen aber sachlichen Beratungen.

Dr. Matthias Petran
(Fraktionsvorsitzender)